

Zensurmißstände.

Wir haben schon einmal unsere Stellung gegenüber der Zensur, wie wir glauben, in eindeutiger Weise dargelegt. Wir haben zu oft die verderblichen Wirkungen publizistischer Zügellosigkeit für Staat und Gesellschaft feststellen können, als daß wir, zumal in einer Zeit, wo der Bewegungsfreiheit jedes einzelnen Bürgers im vaterländischen Interesse gewisse Grenzen gezogen sind, Schrankenlosigkeit für die Presse fordern könnten. Wir erkennen die Notwendigkeit einer sachmännisch geübten militärischen Zensur ohne weiteres an und halten den Maulkorbzwang der Presse in allem, was unsere Armeeführung als von Belang erachtet, für ein geringeres Übel, als wenn der Erfolg unserer militärischen Unternehmungen und Absichten durch Schwachhaftigkeit oder Laienhaftigkeit der Presse auch nur im geringsten beeinträchtigt würde. Ein einziger unüberlegter Satz kann heute Hunderten unserer Helden im Felde zum Verhängnis werden. Wir anerkennen aus ähnlichen Gründen die Notwendigkeit einer Pressenzensur in Belangen der äußeren Politik und des innerstaatlichen Zusammenlebens. Wir wissen, daß die Presse im freiheitlichen Musterland jenseits des Armeekanal in mancher Hinsicht ungleich beengter ist als in Oesterreich und daß im republikanischen Frankreich die Clemenceau und Hervé den Ruf nach einer Pressfreiheit, wie in Oesterreich, erschallen ließen. Wir nahmen manches Unverständliche in Kauf und trösteten uns damit, daß jene, die uns mit dem roten Stifte Schweigen geboten, näher als wir an der Quelle sitzen, die über alle Geheimnisse Bescheid spenden kann und am besten darüber unterrichtet sein muß, was dem Vaterlande allenfalls schaden könnte. Weil wir dem Zensur nicht Unfehlbarkeit zumuten, gehören wir auch nicht zu jenen, die jedesmal ein lautes Geschrei erheben, so oft sie zu einer Beschwerde Ursache zu haben glauben. Am lästigsten wird gewiß das summarische Verfahren nach der Schablone empfunden; aber vermutlich wäre die Belastung der Presse viel drückender, wenn die Schritte des Amtschimmels, welcher subjektiver Betätigung geringen Spielraum läßt, etwa durch Sprünge der Willkür und des freien Ermessens des jeweiligen Zensors ersetzt würden.

Wir gehören also auch der Zensur gegenüber durchaus nicht zu den gewerbsmäßigen Raunzern, die nie aus ihrer freiheitlichen Rolle, wohl aber den Mitbürgern auf die Nerven fallen. Wir gehen sogar soweit zu sagen, die Zensur hätte eine gewisse Berechtigung, der Wiener Presse den Maulkorb fester zu binden, als es in der Provinz geschieht, weil für einen beträchtlichen Teil der Wiener Presse notorischerweise bis zum Kriege vaterländische Rücksichten bei den Besprechungen der Ereignisse keinerlei Rolle spielten; wir nennen nur den Namen Cartwright und erinnern an die serbische, albanische und italienische Eigenpolitik gewisser Blätter. Aber derartige Erwägungen bestehen für die Ämter, denen die Zensur gehorcht, nicht, wie der Fall Dumba beweist. Nachdem seit Tagen jeder Wiener aus reichsdeutschen Organen und österreichischen Provinzblättern über alle Einzelheiten des amerikanischen Zwischenfalls sich unterrichten konnte, während der Wiener Presse selber unbedingtes Schweigen auferlegt war, wurde heute plötzlich die Sperre über den Fall Dumba zu einer Stunde aufgehoben, die eine amtliche Begünstigung gerade des Organs mit dem Cartwright-Interview bedeutete. Als ob der Fall Dumba eine Privatangelegenheit der Fichtegasse wäre! Der Fall zeigt, daß mitunter ein bißchen mehr Amtschimmel, ein bißchen mehr Schablone der Willkür subjektiver Neigungen weit vorzuziehen ist.

Nachdem also die Vermutung, die Wiener Presse werde, um sie für schlechtes Verhalten in der Vergangenheit zu bestrafen, von der Zensur schlechter behandelt als jedes Provinzblatt und jedes ausländische Blatt, durchaus unzutreffend ist, so möchten wir den zuständigen Stellen bei diesem Anlasse doch die „Erwägung“ nahelegen: Ob denn das Organisationstalent der österreichischen Bureaucratie schon vor dem anderwärts längst gelösten Problem Schiffbruch leiden soll, wie man für die hauptstädtische und für die Provinz- und ausländische Presse eine gleichmäßige Zensur durchführen kann? Wir leben jetzt im dreizehnten Kriegsmonat und ebenso alt ist der Anschein, als wäre die Zensur eine Einrichtung zur Verbreitung der auswärtigen Blätter auf Kosten der Wiener Presse. Fühlt man denn noch immer kein Bedürfnis, diesen Schein abzuschütteln? Hat irgendjemand ein Interesse daran, gerade ausgerechnet Wien eine Aschenbrödelrolle zuzuweisen? Wenn nicht, warum soll denn gerade der Wiener nur aus der auswärtigen Presse erfahren dürfen, was die Bewohner von Hohenploh, von Großkirda und Eslegg aus ihren Lokalblättern schöpfen können? Die Reichshaupt- und Residenzstadt bittet um Gleichberechtigung!